



Parteitag SP Uri vom 26. August 2021

Jahresbericht Erziehungsrat 2020/2021

Im vergangenen Berichtsjahr habe ich an 11 halbtägigen Sitzungen des Erziehungsrats teilgenommen. Pandemiebedingt tagten wir statt in den Büros der BKD in der Schwinghalle in Attinghausen, im Landratssaal oder in der Aula des BWZ. Es waren reich befrachtete und stets interessante Sitzungen, die eine intensive Vorbereitungszeit benötigten. Im Rat wurde viel diskutiert, hinterfragt, von Neuem über die Bücher gegangen oder auch mal nur «durchgewunken».

Eine hohe Priorität in der Umsetzung misst der Erziehungsrat der Digitalisierung sowie der Überprüfung und Optimierung der Anstellungsbedingungen von Lehrpersonen der Volksschule bei. Deshalb waren dies, zusammen mit dem Thema, Umgang mit Heterogenität, die mit Abstand am häufigsten traktandierten Punkte an unseren Sitzungen.

Nachfolgend ein Auszug aus den beschlossenen **Massnahmen und Zielen des Erziehungsrats für das Jahr 2021**.

Bei einzelnen Punkten, welche ich persönlich relevant und wichtig finde, habe ich weitere Ausführungen hinzugefügt.

- **Die ICT-Richtlinien sind überarbeitet und die erforderlichen Beschlüsse gefällt, damit ab dem Schuljahr 2022/2023 das 1-to1-Computing ab der 5. Primarklasse eingeführt werden kann.**

Im Rahmen der Umsetzung der kantonalen Digitalisierungsstrategie hat der Erziehungsrat beschlossen, die ICT-Richtlinien aus den Jahr 2015 zu revidieren. Die neuen Richtlinien bilden die gesetzlichen Grundlagen um das 1-to-1 Computing ab der 5. Primarklasse ab dem Schuljahr 2022/2023 einführen zu können.

Die Digitalisierung der Volksschule wird wohl ein mehrjähriger Entwicklungsprozess werden, in den unbedingt sämtliche Akteure und Ebenen der Bildung einbezogen werden sollten. Nebst der Infrastrukturentwicklung braucht es einen ganzheitlichen Fokus auf das Thema z.B. hinsichtlich der Organisations-, Personal-, Unterrichts- und Kooperationsentwicklung.

Momentan läuft die Vernehmlassung zu den ICT-Richtlinien.

- **Aufgrund der Ergebnisse der Fokusevaluation «Integrative Förderung und Sonderpädagogik» sind mögliche Massnahmen definiert und allenfalls schon umgesetzt.**

An der externen Schulevaluation durch die PHLU nahmen insgesamt 396 im Kanton Uri tätige Lehrpersonen sowie Schulleiterinnen und Schulleiter teil. Der Rücklauf betrug rund 80% und ist damit sehr hoch. Fast drei Viertel der Befragten waren weiblich und knapp über ein Viertel männlich.

Das Evaluationsteam attestiert den Urner Schulen eine ausreichende Tragfähigkeit zur erfolgreichen Umsetzung der schulischen Integration. Diese recht positiven Durchschnittswerte dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Unterschiede zwischen den Schuleinheiten sehr gross sind. Während in einzelnen Schuleinheiten die schulische Integration in hohem Mass akzeptiert wird, ist die Skepsis gegenüber der Integrativen Förderung und insbesondere gegenüber der Integrativen Sonderschulung in anderen Schuleinheiten sehr gross.

Der Evaluationsbericht ist auf ur.ch aufgeschaltet.

- **Der Bericht «Grundlagen zur Neukonzeption der Berufseinführung von Volksschullehrpersonen in den Kantonen Schwyz, Glarus und Uri» der Pädagogischen Hochschule Schwyz ist ausgewertet und allfällige Anpassungen sind beschlossen.**

Die durchgeführte Vernehmlassung hat gezeigt, dass die Neukonzeption der Berufseinführung von Volksschullehrpersonen als wichtig und richtig erachtet wird, dass aber die verstärkte Zusammenarbeit mit der PH Schwyz nicht als besonders zielführend eingeschätzt wird. Auf Grund der Vernehmlassungsergebnisse soll der Fokus des nun zu erarbeitenden Konzeptes auf jene Aspekte gelegt werden, die bei den Lehrpersonen eine hohe Akzeptanz haben z.B. Stärkung der bestehenden Junglehrpersonenberatung; Professionalisierung eines Mentoratsangebots und freiwillige Weiterbildungsangebote zur Unterstützung des Berufseinstiegs.

- **Das Projekt «Revision von Schulgesetz und Schulverordnung» ist gemäss Projektauftrag unterwegs (inkl. Revision Anschlussgesetzgebung).**

Positive Neuerungen, welche die Revision meines Erachtens nach sich bringen würde, sind die (finanzielle) Förderung von Forschung und Forschungsinstituten durch den Kanton, die Ausweitung der Förderung des freiwilligen Musikunterrichts auch auf die nachobligatorische Schulzeit, die Förderung von Tagesstrukturen und Tagesschulen durch Kanton und Gemeinden, die Sicherstellung des Zugangs zur Schulsozialarbeit für alle Schülerinnen und Schüler in Uri sowie die Schaffung von griffigen neuen Vorgaben zur Gewährung von Langzeiturlaub.

Weiter würde die Revision die Funktion und die Aufgaben der Schulleitungen sowie der Schulischen Heilpädagogen und therapeutisch ausgebildeten Fachpersonen und Klassenassistenzen auf Gesetzesstufe verankern. Ebenso würde eine faire Altersentlastung neu auch für Teilzeitlehrpersonen eingeführt. Im Bereich der besonderen Förderung wird der in Uri seit langem gelebte Grundsatz «Integration vor Separation» ins Gesetz aufgenommen.

Start für die Vernehmlassung wird voraussichtlich im Herbst 2021 sein.

- **Das Projekt zur Überprüfung der Anstellungsbedingungen der Lehrpersonen der Volksschule ist gestartet.**
- **Die Weiterentwicklung der Oberstufenmodelle wird durch das Amt für Volksschulen begleitet und der Erziehungsrat wird regelmässig darüber informiert.**
- **Das neue Französisch-Lehrmittel ist eingeführt, und eine Broschüre zum Fremdsprachenunterricht zur Unterstützung der Einführung der neuen Fremdsprachenlehrmittel liegt vor.**

Weitere Mitteilungen

- In der Mai-Session behandelte der Landrat eine Parlamentarische Empfehlung zur zeitlichen Verankerung der politischen Bildung in der Studententafel. Der Regierungsrat (im Verbund mit dem für den Erlass der Studententafel zuständigen Erziehungsrat) hatte dem Landrat empfohlen, die Parlamentarische Empfehlung zu überweisen und gleichzeitig als materiell erledigt abzuschreiben. Der Regierungsrat und der Erziehungsrat waren der Meinung, dass mit den bisher erfolgten Umsetzungsschritten das Thema politische Bildung bereits ausreichend in der Volksschule verankert sei (u. a. Lehrmittel, Lehrerweiterbildung, Exkursionen) und eine Anpassung der Studententafel der Sache nicht diene. Der Landrat folgte dem Regierungsrat einstimmig.
- Das Amt für Volksschulen informierte an den ER-Sitzungen regelmässig über die Corona-Massnahmen.
- Auf Grund der Pandemie konnte der halbtägige Besuch einer Urner Schule sowie die Schulpräsidienkonferenz nicht stattfinden.

Herzlichen Dank für euer Interesse. Für Fragen stehe ich gerne zur Verfügung.

Altdorf, 9. August 2021, Ursula Arnold Infanger